

STAATSREFORM UND KRIEGSPOLITIK

Existenzprobleme Österreichs vor Beginn und während des Ersten Weltkrieges*

Von Harald Bachmann

Der Außenminister der Donaumonarchie 1916/18, Ottokar Graf Czernin, hat einmal den Weltkrieg als ein „kosmisches Ereignis“ bezeichnet, das sich dem Einfluß der verantwortlichen Staatsmänner mehr und mehr entzogen habe¹. Es soll nicht Aufgabe dieses Vortrags sein, den Wahrheitsgehalt der resignierten Aussage des böhmisch-österreichischen Aristokraten nachzuprüfen, es soll vielmehr auf grundlegende Fragen eingegangen werden, die das Schicksal dieser europäischen Großmacht bestimmt haben. Die beiden Gesichtspunkte, „Staatsreform“ und „Kriegspolitik“, sollen die Tatsache markieren, daß Zisleithanien, wie das österreichische Staatswesen provisorisch genannt wurde, Objekt zahlloser Reformversuche war, bis es durch den Ausbruch des Weltkrieges — am Rande der Verfassungsmäßigkeit stehend — in den Strudel des Kriegsabsolutismus gerissen wurde. Seine weitere Existenz war in viel größerem Maß als die anderer europäischer Staaten von der Kriegspolitik und dem Kriegsglück abhängig, waren doch die ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Phänomene der europäischen Krise im 20. Jahrhundert überall auf österreichischem Boden in vielfältiger Erscheinungsform zu finden.

Der gesellschaftliche Aufbau des Kaiserstaates mit seiner anachronistischen Sozialstruktur wurde schon 1914 von führenden Wissenschaftlern als rückständig angesehen. So hat der deutschfreundliche schwedische Historiker Rudolf Kjellén die Monarchie in diesen Jahren als einen „Saurier“ unter den Großmächten bezeichnet. Die beginnende Desintegration der Monarchie war nicht abzuwenden; gesellschaftliche, ideologische und wirtschaftliche Phänomene wirkten zusammen und beschleunigten diesen Prozeß².

Karatheodory Pascha, der türkische Staatsmann des Berliner Kongresses, hat einmal erklärt, das 19. Jahrhundert habe den Zerfall der Türkei gebracht, das 20. Jahrhundert aber werde das Ende der österreichisch-ungarischen Monarchie herbeiführen³. In der Tat hatten bereits die letzten Jahr-

* Vortrag, der anlässlich einer Tagung des Collegium Carolinum in Passau am 30. Oktober 1967 gehalten wurde.

¹ Czernin, Ottokar: Im Weltkriege. Berlin-Wien 1919, 427 S., hier S. 369.

² Bennis, F. Lee: Europe since 1914. 5. Aufl. New York 1943, 998 S., hier S. 113—128.

³ Baernreither, Joseph Maria: Der Verfall des Habsburgerreiches und die Deutschen. Fragmente eines politischen Tagebuches 1897—1917. Hrsg. von Oskar Mitis. Wien 1939, 313 S., hier S. 20.

zehnte des 19. Jahrhunderts, vor allem die Ära Taaffe (1879—1893), den inneren Zusammenhalt der Monarchie stark gelockert, die, wie Robert Musil mit sanfter Ironie sagt, „an einem Sprachfehler zugrundegegangen ist“. Neben dem permanenten nationalen Kampf um die Vormacht in Böhmen entwickelte sich der polnisch-ruthenische, deutsch-slowenische und deutsch-italienische Konflikt zu einer Vehemenz, die den Durchbruch neuer Ideologien, neuer nationalpolitischer sowie wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Konzeptionen erwarten ließ. Doch damit nicht genug! Wie ein Danaergeschenk wirkte sich die Okkupation Bosniens und der Herzegowina aus, deren nationale, wirtschaftliche und sozialpolitische Komplikationen zur Zeit des Berliner Kongresses noch gar nicht vorausgesehen, geschweige denn erfaßt werden konnten. Österreich-Ungarn fand sich als Verwalter der Konkursmasse des türkischen Sultanats mit Aufgaben konfrontiert, die nur ein sehr funktionstüchtiger, moderner und anpassungsfähiger Staat auf die Dauer hätte erfüllen können.

Seit der Ära des Neoabsolutismus hatte sich der politisch-nationale Gegensatz zwischen „Wien“ und „Prag“ zur gefährlichsten Bedrohung des Staatswesens entwickelt, der Ausgleich von 1867 und die Reichsgründung 1871 drängten Österreich immer tiefer in die Zone Zwischeneuropas ab, in ein Gebiet, das als Schütterzone vielfache Herrschaftsformen erlebt hatte. Im politischen Raum Zisleithaniens, wie es 1867 unter der zweifelhaften Bezeichnung „die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“ verfassungsmäßig entstand — ein Kompromiß zwischen österreichischen Liberalen und ungarischer Gentry —, waren die Lose zu ungleich verteilt, als daß dem Ausgleichswerk Deáks langes Leben beschieden sein konnte.

Nach 1871, dem Jahre, in dem der Kampf um die Fundamentalartikel am Widerstand der herrschenden Deutschliberalen scheiterte, geriet die böhmische Innenpolitik in einen fortschreitenden Umwandlungsprozeß, dessen Ursachen nicht allein nationaler und parteipolitischer Natur waren. Der Strukturwandel im Bereich der böhmischen Bevölkerung, man möge das Beispiel Prags, wie Hans Lades gezeigt hat, heranziehen, die einsetzende Industrialisierung, die von ihr bedingte Fluktuation, das biologische Übergewicht des Slawentums, seine erstaunliche geistige, wirtschaftliche und politische Regsamkeit, schließlich der Fleiß des einzelnen national eingestellten Volksgenossen wirkten zusammen. Sie alle leiteten während der bemerkenswert langen Regierung Ministerpräsident Graf Taaffes (1879—1893) zum markanten Durchbruch hin. Es war das Jahrzehnt der Entscheidung angebrochen. Soziale, vormalistische Bewegungen schlossen sich zur Arbeiterpartei zusammen, deren Integrationsversuche übernationaler Tendenz Hans Mommsen in seinem Buch über die Sozialdemokratie im Habsburgerreich dargestellt hat. Auf dem Boden des Bürgertums und Kleinbürgertums formierten sich die nationalen Parteien unter der Devise der Wahlreform zum Kampf gegen die Bastionen der Interessenvertretung. Die Wahlreform Graf Taaffes — Einführung einer neuen Wahlkurie, der sog. 5-Gulden-Männer — verschob das politische Gewicht sofort zuungunsten der Deutschen, die als Ver-

teidiger von „Besitz und Bildung“ gerade noch dem Druck der alttschechischen Partei standhalten konnten. Das denkwürdige Buch des leider zu wenig bekannten Wiener Ministerialbeamten und deutschnationalen Politikers Armand Freiherr Dumreicher von Österreicher mit dem Titel „Südostdeutsche Betrachtungen“ stellt vor Augen, welch tragische, fast zwangsläufige Entwicklung Österreich — am Rande der slawischen Welt — bevorstand. Es war daher naheliegend, daß sich die ursprünglich staatstreue, reichspatriotische Gesinnung der Deutschösterreicher — in Anbetracht der staatlich geförderten Slawisierung — in eine nationale, staatsfeindliche verwandelte, so daß mit Recht behauptet werden kann, den deutschen Parteien habe mit Ausnahme der Sozialdemokraten die übernationale Idee gefehlt, nach der sie die *reformatio Austriae in capite et membris* hätten durchführen können. Die in eine Defensivstellung gedrängten Deutschen entwickelten in ihren Abwehrzentren Böhmen, Mähren, Schlesien, Steiermark, Kärnten und Tirol eine rege Initiative auf parteipolitischem und vor allem bürokratischem Gebiet, wie es dem Rechtsdenken und der Verwaltungsroutine Zisleithaniens entsprach. Sie suchten vornehmlich eine Lösung der nationalen Fragen auf sprachrechtlicher Ebene nach dem Prinzip der regionalen Aufteilung, der territorialen Autonomie, zu erreichen. Dies kam dem Denken und Handeln altösterreichischer Bürokratie, etwa im Stile Schmerlings und Perthalers, entgegen, doch es stand nicht mehr im Einklang mit den nationalen Ideologien, die sich im Laufe des 19. Jahrhunderts auf dem Boden der Donaumonarchie entwickelt hatten. Karl Renner hatte recht, wenn er etwa sagte, die Kronlandgrenzen entsprächen nicht mehr der Entwicklung der Nationen. Wie wäre es, um nur ein Beispiel anzuführen, möglich gewesen, das nationale Emanzipationsstreben der „historischen“ Völker (man vgl. den *terminus technicus Clam-Martinic'* von den historisch-politischen Individualitäten) in das Prokrustesbett einer *ad hoc* gebildeten Bezirksabgrenzung zu spannen, wie es die deutschböhmisches und in größerem Rahmen die deutsch-österreichische Defensivpolitik in den Sudetenländern versuchte?

Die bürgerlichen Parteien, besonders die Staatspartei der österreichischen Liberalen, hatten bei ihren Maßnahmen, die ihre Defensivposition schützen sollten, noch an dem Gedanken der Idealharmonie im wirtschaftlichen Geschehen festgehalten. Sehr bald erwies es sich als falsch, die industrielle und kommerzielle Dynamik zu unterschätzen, deren Kennzeichen etwa die fortschreitende Fluktuation der Bevölkerung in den sprachlich gemischten Gebieten gewesen ist. Die bürgerlichen Parteien deutscher Provenienz arbeiteten an einer Abgrenzung innerhalb der „historischen“ Kronländer, sie versuchten, den geschichtlich gewachsenen Einheiten ein rational erklügeltes System sprachlicher Dislokation gegenüberzustellen und erkannten nicht, daß die sozialistische Bewegung den Sprachenstreit und die sprachpolitische Aufteilung mehr und mehr als Werk der herrschenden Gesellschaftsschichten empfand und daher ablehnte.

Zwei wesentliche Widersprüche belasteten das Werk obendrein:

1) Die industrielle und wirtschaftliche Dynamik des Liberalismus stand im

schroffen Gegensatz zu jeglicher statischen Abgrenzung der Machtsphären.

- 2) Die Lohnpolitik der liberalen deutschen Unternehmer förderte die Einwanderung slawischer Arbeiter, deren Eindeutschung nicht mehr möglich war.

Sehr bald wurde offenkundig, daß die deutsche Defensivtaktik die soziologischen Faktoren der Bevölkerungswanderung und die sozialen Aufgaben des Bevölkerungsschutzes gar nicht einkalkulierte, sondern im Vergleich zur tschechischen Nationalpolitik unterschätzte.

Wir fragen: Was hat dies mit den Existenzproblemen der Donaumonarchie zu tun? Ausgleich und Abgrenzung, Erhaltung der Staatsidee und politische Verständigung wurden mehr und mehr vom Kampf um das Wahlrecht und um die Entwicklung der Sozialpolitik Zisleithaniens beeinflusst. Die Interessenvertretung der Deutschen hatte schon durch die Änderung des Wahlrechts im Jahre 1882, schließlich durch die Einführung des allgemeinen (nicht gleichen) Wahlrechts 1896 (infolge Anfügens einer allgemeinen Wählerklasse) einen empfindlichen Stoß erhalten. Die politische Praxis der nicht-deutschen Parteien, vor allem der fortschrittlich eingestellten Jungtschechen, nützte das Festhalten der bürgerlichen Staatsdeutschen an der Interessenvertretung, an Zensuswahl und Privilegien, konsequent aus, obwohl das Klassenwahlrecht sogar noch in Großbritannien bis 1918 — allerdings unter anderen Prinzipien — aufrechterhalten wurde. Der Ruf nach einem modernen, nach französischem Vorbild organisierten Wahlrecht, das allgemein und gleich sein sollte, lag im Sinn der franzosenfreundlichen tschechischen Nationalpolitik. Eduard Beneš hat in seiner Inauguraldissertation in Dijon (1908) „L'Autriche-Hongrie et la question tchéque“ den Umbau des Staates auf der Basis des allgemeinen und gleichen Wahlrechts begrüßt und empfohlen. Die politischen Forderungen der kleinbürgerlichen Jungtschechen wie der Sozialdemokraten konnten somit gegen die österreichischen Staatsparteien koordiniert werden.

Auch Thomas Garrigue Masaryk, Benešs Lehrer und Mentor, unterstützte den Kampf der slawischen Nationen um das Wahlrecht bereits in den neunziger Jahren. Schon zur Zeit des Omladina-Prozesses hatte er das allgemeine und gleiche Wahlrecht als neue Grundlage für die weitere politische Entwicklung Zisleithaniens gefordert, wohl wissend, daß die gesamteuropäischen Tendenzen der Parlamentarisierung und Demokratisierung dem Slawentum zugute kommen müßten.

Wir wenden uns dem Fundament für Masaryks Lebenskampf zu — den Ausgangspunkten des tschechischen Wiederaufstiegs. Die tschechische Nation, seit dem Zeitalter der Erneuerer moralisch, gesellschaftlich und ideologisch erstarkt, hatte schon seit Palacký und Havlíček-Borovský die Bahnen der großen Politik beschritten, so daß bereits die Taktik der Alttschechen, etwa Riegers, trotz aller austrophiler Beteuerungen über den Bereich der Wiener Staatsinteressen hinausführte. Riegers Reise nach Moskau, aber auch die engen Verbindungen zu den sehr aktiven slawischen Zirkeln in Pa-

ris sind die Vorboten einer neuen Epoche, in der die Konspiration bewußt auf dem Wege der wissenschaftlichen und künstlerischen Interessen vorangetrieben wurde. Wer waren schon die „Bohemiens“? Die Durchschnittskenntnisse des gebildeten Franzosen boten keine klare Vorstellung von der völkerkundlichen Entwicklung innerhalb der Grenzen Österreich-Ungarns. Es war eine der Auswirkungen des verlorenen Krieges 1870/71, daß sich die französische Öffentlichkeit, besonders die Wissenschaft und Diplomatie, den ostmitteleuropäischen Staats- und Volksproblemen in höherem Maße zuwendete, als dies in den Jahren vor dem Krimkrieg der Fall gewesen war. Der Aufbau der Slawistik an der Sorbonne, zunächst in den Händen polnischer Emigranten, bot schließlich französischen Gelehrten vom Range eines Leger oder Denis auch politische Einflußmöglichkeiten. Es war von entscheidender Bedeutung für den Kurs der tschechisch-nationalen Politik, daß eine ihrer führenden Persönlichkeiten der Vorkriegszeit, Karel Kramář, seine Studien in den achtziger Jahren in Leipzig, aber auch in Paris absolvierte und dort in den engeren Führungskreis der französischen Slawophilen vordrang. Volkswirtschaftlich und sozialpolitisch vorgebildet, hatte Kramář, dem man als unbestrittenen Führer der tschechischen Vorkriegspolitik gern ein konservatives Mäntelchen umhängt, eine sehr klare Vorstellung von der modernen Linie des tschechischen Nationalismus, der sich unter Betonung des demokratischen und parlamentarischen Elements gegen die feudal-alttschechischen Kreise formierte. Das böhmische Staatsrecht sollte mit dem zeitnahen Inhalt konstitutionell-demokratischer Gedanken erfüllt werden. Diese Tendenz entsprach auch der politischen Überzeugung Masaryks, dessen nationale Ideologie erst allmählich (und nach tiefen Enttäuschungen) die Bahnen österreichischer Staats- und Ausgleichspolitik verließ.

Masaryks politische Entwicklung war von den philosophischen Ideen beeinflusst, die er als Schüler Franz Brentanos, aber auch als Kenner der empiristischen Lehre Humes zur Grundlage seiner realistischen Staatsauffassung gemacht hatte. Masaryk war voll Ressentiments gegen Habsburg-Österreich, und er war erfüllt von der Ideologie moderner Demokratien, die er als die Staatsform höchster und ethischer Vollendung ansah. In seinem Werk „Die Weltrevolution“ schließt er mit dem Satz: „Die Demokratie ist die politische Form der Menschlichkeit.“ Masaryk, dessen geistige Bildung, akademischer Werdegang und parlamentarische Karriere die Grenzen des deutschösterreichischen Kulturraums überschritten, hat selbst, trotz realistischer Einschätzung der nationalen Kräfte, dem nationalen Chauvinismus in seinem Werk „Das neue Europa“ eine Absage erteilt.

In der Tat scheinen die Grundgedanken seiner Kriegsprogramme sowie das Wesentliche seiner Auslandsdiplomatie auf religiösen, sozialen und staats-theoretischen Prinzipien zu beruhen, die in ihrer Gesamtheit die Basis für die Erneuerung der Welt bilden sollten, für den Kampf der kleinen Völker — im Gewande der Demokratie — gegen die Theokratien Mitteleuropas, deren scheinkonstitutionelles Regime Masaryk in Österreich-Ungarn kennengelernt hatte und verachtete. Hinzu kam sein starkes soziales Verständnis, sein Mit-

fühlen mit dem Schicksal der Arbeiterklassen. Gründliche Kenntnis der Triebkräfte der modernen Welt — vom politischen, völlig unakademischen Standpunkt aus — verhalf Masaryk zu der Initiative, der er zu Beginn des Ersten Weltkrieges bedurfte, um sein staatspolitisches Programm ins Werk zu setzen. Der politisierende Professor wurde oft verkannt und als weltfremder Theoretiker eingeschätzt. Der Weltkrieg sollte das Gegenteil beweisen.

Man hat oft behauptet, die Tschechen und ihre Führer seien unvorbereitet in den Krieg eingetreten. Dies scheint jedoch nicht der Fall gewesen zu sein. Die tschechische Vorbereitung hatte sich auf zwei Ebenen vollzogen. Zunächst waren bereits zahlreiche freundschaftliche Beziehungen ins Ausland geschaffen worden, die sich als ein ganzes Netz von Kontakten erwiesen. Daneben stand die Geheimerarbeit der Maffia, deren Verbindungen bis in die Zentrale der österreichisch-ungarischen Behörden liefen. Es ergab sich daher: 1) Die Exilarbeit als Negativismus und 2) Das politische Bekenntnis zur Habsburgermonarchie als Aktivismus. So war es möglich, bei allen Wechselfällen des Kriegsgeschehens die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Doch damit wäre den Ereignissen vorgegriffen, die entscheidenden Einfluß auf den Verfall der Donaumonarchie ausgeübt haben. Die Kämpfe um das Wahlrecht waren nur der Ausdruck der Tatsache, daß die Nationen dieses Großstaates gesellschaftlich und wirtschaftlich in Bewegung geraten waren. Einsichtige Staatsmänner erkannten bereits in den neunziger Jahren, daß die nationalen Probleme vielfach in engem Zusammenhang mit Aufgaben der Sozialreform und Sozialpolitik standen. Ein Staat, in dem die Sozialstruktur alle Wirtschaftsformen von der beginnenden Großindustrialisierung bis zum Kolonatsystem, dem Kmetensystem Bosniens, aufwies, bedurfte vor allem einer weitblickenden Sozialpolitik. Großzügige Sozialreformen hätten die nationalen Gegensätze überbrücken können. Es lag an der Initiative Ernest v. Koerbers zu versuchen, ob umfassende soziale und wirtschaftliche Neuerungen den kleinlichen Nationalitätenstreit überwunden hätten. Trotz intensiver Studien des österreichischen Staatsproblems scheiterte Koerber an der parlamentarischen Krise. An zahlreichen Beispielen ließe sich außerdem nachweisen, daß innenpolitische Reformen in einer Zeit außenpolitischer Verwicklungen einfach nicht mehr möglich waren. Die großen Pläne der österreichischen Sozialversicherung, deren System nach deutschem und britischem Vorbild geplant war, blieben in den endlosen Verhandlungen stecken, die sich an den Beckschen Entwurf von 1908 anschlossen. Es gelang den fortschrittlich und sozial denkenden Staatsmännern nicht, die Sozialversicherungspläne in ihren finanziellen Forderungen gegenüber den Rüstungsausgaben durchzusetzen. Die konservativen Politiker standen den Projekten einer Sozialreform ohnehin voll Skepsis gegenüber, Versorgungsdenken und übermäßige Bürokratisierung komplizierten die besten Entwürfe, von denen man erwarten konnte, daß sie den Aufbau des modernen Sozialstaates Österreich vorbereitet hätten. Auf die international bekannten Sozialpolitiker Joseph Maria Baernreither und Michael Hainisch sei kurz hingewiesen.

Die größten Schwierigkeiten bereitete in Zisleithanien die ständige Schwäche der Staatsfinanzen, deren Ausgleich nur zeitweise in den neunziger Jahren gelang. Trotz aller Anstrengungen der modern denkenden Politiker war es nicht möglich, das starke soziale Gefälle zu beseitigen, das zwischen den hochentwickelten Gebieten, etwa den Sudetenländern, und den unterentwickelten, stiefmütterlich behandelten Randprovinzen bestand, wenn diese Bezeichnung hier gewählt werden darf. Man denke etwa an Galizien oder die Gebiete des österreichischen Küstenlandes, über die aus berufenem Munde gesagt wurde, einige 100 000 K. Zuschuß an diese wirtschaftlich schwachen Gebiete hätten Wunder gewirkt. Die Vernachlässigung der Provinz hatte üble Konsequenzen. Vielfach waren die Gebiete der angrenzenden Nationalstaaten, etwa Italiens oder Serbiens, in sozialpolitischer Hinsicht moderner organisiert, so daß die Attraktionspolitik und der Irredentismus auch in dieser Richtung ihre Propaganda ansetzen konnten. Es machte sich bei der Behandlung der einzelnen Nationalitäten eine immer impulsivere Politik der Konzessionen bemerkbar, die eine tiefer greifende Planung vermissen ließ. Es war bezeichnend, daß die positive Staatsgesinnung, das Bekenntnis zum übernationalen Staat, durch kleine Zugeständnisse einfach nicht mehr erkaufte werden konnte.

Noch bedeutsamer im Rahmen des Themas dürfte es sein, auf die enge Verklammerung bzw. Wechselwirkung zwischen Sozialpolitik und außenpolitischer Entwicklung Österreichs aufmerksam zu machen. Dies findet seinen charakteristischen Ausdruck in der wirtschaftlichen und politischen Lage der Okkupationsländer, deren Annexion Österreich-Ungarn 1908 in die größten Schwierigkeiten verstrickte. Böhmen, seit Jahrzehnten Unruheherd Zisleithaniens, war seit dem Jahre 1908, insbesondere seit dem Agrarer Hochverratsprozeß, in den Hintergrund gerückt: Die jugoslawische Frage beherrschte nun das Interesse der österreichisch-ungarischen und — der europäischen Öffentlichkeit. Österreich-Ungarns weitere Existenz war durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina, bei der man glaubte, *pleno et optimo iure* zu handeln, aufs tiefste gefährdet.

Die Schwächen der dualistischen Reichskonstruktion traten nun offen zutage: Die Uneinigkeit, der Widerspruch der politischen Interessen, das Gegenüber von Wien und Budapest, machten die Annexionsgebiete zu einem Territorium, in dem Kraftproben zwischen *cis* und *trans* an der Tagesordnung waren. Die unleugbaren Fortschritte der österreichisch-ungarischen Verwaltung wurden oftmals gehemmt und in den Augen der Bevölkerung, die nach den gleichen Bürgerrechten strebte, illusorisch gemacht. Gewiß waren die Erfolge auf dem industriellen Sektor bedeutsamer als im landwirtschaftlichen Bereich (wie Kurt Wessely kürzlich dargelegt hat), auf dem ein verhängnisvoller agrarpolitischer Konflikt die Schwäche und den Immobilismus der österreichischen Verwaltung offenkundig machte⁴.

Besonders das privatrechtliche Abhängigkeitsverhältnis der Kmeten, das

⁴ Wessely, Kurt: Österreich-Ungarns Wirtschaft vor dem Ersten Weltkrieg. Don 12 (1967) 13—37.

eine Variante des dalmatinischen Kolonatsystems darstellte, bereitete Schwierigkeiten. Die Kmeten, zumeist Christen, waren den Grundherrschaften (Bega oder Agas) zur Abgabe eines Drittels der Ernte (der tretina) und zu anderen Dienstleistungen verpflichtet, die sich aus diesem Abhängigkeitsverhältnis ergaben. Nur zögernd nahm sich die Verwaltung der Okkupationsgebiete, die zudem lange Zeit in den Händen von Ungarn lag, die das Amt des gemeinsamen Finanzministers bekleideten, der Kmetenablösung an. Zu einer allgemeinen Grundentlastung, zu einem obligatorischen Freikauf der Kmeten, konnte man sich bis 1918 überhaupt nicht durchringen. Diese konservative Einstellung der österreichisch-ungarischen Bürokratie war in erster Linie von der Furcht davor bestimmt, daß die Kmetenablösung zu einer Proletarisierung dieser Bevölkerungsschicht führen könnte. Außenpolitische und fiskalische Rücksichten ließen, wie man in den führenden Kreisen der Verwaltung annahm, keine andere als eine konservative Haltung der gemeinsamen Regierung zu. Es wurde nach 1911 die fakultative (freiwillige) Ablösung des Kmetenbesitzes durch Gewährung von Landesdarlehen gefördert. Diese Maßnahme stieß auf heftige Kritik, da die so geförderte Kmetenablösung viel zu langsam vor sich ging. Der Wiener Nationalökonom Prof. Grünberg errechnete eine Laufzeit bis zum Jahre 2025⁵. Andere Länder, die als ehemals türkischer Besitz ebenso mit dieser Hypothek des türkischen Immobilienrechts belastet waren, hatten die Agrarreform schon längst durchgeführt. Die wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen dieser Frage waren sehr weitreichend, man möge nur die wirtschaftlichen ins Auge fassen: Die grundabhängigen Kmeten hatten nur geringes Interesse an der Ausnutzung des Bodens, da sie hohe Abgaben an den Grundherrschaften entrichten mußten. Sie arbeiteten nur mit mäßigem Einsatz, da ihnen der Ertrag ihrer Leistung teilweise wieder entzogen wurde. Die Kmeten waren in ihrer Überzahl orthodoxe Serben; dies komplizierte die Situation erheblich, wenn man bedenkt, daß sich die Verwaltung der Annexionsländer vornehmlich auf die Parteien der katholischen Kroaten und auf die Mohammedaner stützte.

Der südslawische Konflikt verschärfte seit der Fiumaner Resolution (1905) die Lage in den annektierten Gebieten, deren Landtag, der Sabor, in gar keiner Weise den Vorstellungen entsprach, die sich die bosnisch-herzegowinischen Parteien von ihrem Landesparlament gemacht hatten. Die Unzufriedenheit der Landesbewohner mit der Landesverfassung vom 17. 2. 1910 wurde offenkundig, als man den Vorwurf erhob, den Landesbewohnern werde das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten. Die deutschen Konsulatsberichte aus Sarajewo, aber auch die Relationen des sehr österreichkundigen Wiener Botschafters von Tschirschky waren in einem besorgten Ton gehalten. Tschirschky schrieb am 21. 2. 1910, der bosnische Landtag sei ein „Zwitterprodukt des Dualismus, ein Mittelding zwischen Parlament und Landtag, eine Volksvertretung und doch wiederum in mancher Beziehung auf ein

⁵ Grünberg, Karl: Die Agrarverfassung und das Grundentlastungsproblem in Bosnien und der Herzegowina. Leipzig 1911.

niedrigeres Maß von Rechten herabgedrückt als irgendeine Kronlandsvertretung“⁶.

Die obligatorische Ablösung stieß auf den Widerstand der Mohammedaner, deren Führer sich gegen die von den Serben propagierte totale Grundentlastung wandten. Die offizielle österreichisch-ungarische Politik war seit der Annexion 1908 in immer größerem Maß antiserbisch orientiert. Wie sollte es gelingen — auch wenn fortschrittlich gesinnte Politiker auf die wirtschaftliche Abhängigkeit beider Nachbarn voneinander hinwiesen — einen Interessenausgleich zustandezubringen? Man möge in Betracht ziehen, daß die südslawische Frage nicht das einzige Streitobjekt der Monarchie gewesen ist, deren „sedes mali“, wie schon ausgeführt, auch Böhmen war! Es ist daher umso bedrückender, zu bemerken, daß die Außenpolitik der Monarchie, seit 1912 von Graf Berchtold geleitet, auf die inneren Verhältnisse der annektierten Länder wenig Rücksicht nahm. Berchtold sah sich einer schweren Aufgabe gegenübergestellt, als er die Nachfolge Aehrenthals antrat.

Es war für den Minister Graf Berchtold sehr bedenklich, daß ihm in den Delegationen des Reichsrates im November 1913 bei der Bestimmung über den Dispositionsfonds des Ministeriums des Äußern nur eine knappe Mehrheit von 12 Stimmen zufiel. Diese Abstimmung galt in wohlunterrichteten Kreisen der Donaumonarchie als eine Art Vertrauensfrage; daher bezog sich der deutsche Botschafter von Tschirschky auf diese Nachricht und fügte in seinem Bericht bei, daß die Mehrheit von 12 Stimmen sich aus 7 Herrenhausmitgliedern und 5 Abgeordneten des Reichsrates zusammensetzte. Tschirschky bemerkte hierzu: „Eine für das k. u. k. Ministerium des Äußeren so ungünstige Abstimmung hat seit Jahrzehnten in der österreichischen Delegation nicht stattgefunden“⁷.

Schon etwa 5 Monate vorher, am 3. Juli 1913, hatte Tschirschky das Auswärtige Amt über vertrauliche Mitteilungen des Grafen Berchtold informiert, die sehr treffend die politische Zwangslage der Monarchie kennzeichneten. Berchtold hatte unumwunden angedeutet, daß die Monarchie zum Handeln gezwungen sei, um den südslawischen Besitzstand zu wahren. Über die Gefährlichkeit eines militärisch ins Gewicht fallenden serbischen Piemont gab sich Berchtold keinen Illusionen hin. Der Außenminister beabsichtigte, den psychologisch richtigen Moment zum Eingreifen zu finden — aber er hat ihn schließlich doch nicht gefunden⁸.

⁶ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn. Österreich 109 Bd. 1. Bosnien-Herzegowina. Bericht der Kais. Botschaft in Wien Nr. 100; Wien, 21. 2. 1910. — Zum Kmetenproblem vgl.: *Frangéš, Otto von: Die sozialökonomische Struktur der jugoslawischen Landwirtschaft.* In: Schriften der Internationalen Konferenz für Agrarwissenschaft. Berlin 1937, S. 1—288.

⁷ Politisches Archiv. Österreich 91 (Nr. 2) Bd. 13. Österreichisch-ungarische Delegationen. Bericht der Kais. Deutschen Botschaft in Wien Nr. 371; Wien, 28. 11. 1913.

⁸ Politisches Archiv. Österreich 103 Bd. 7. Telegramm v. Tschirschkys an das Ausw. Amt. Wien, 3. 7. 1913.

Nach Robert Kanns Auffassung hätte ein Staat wie die Donaumonarchie nur durch den Frieden gerettet werden können. Der Kriegsausbruch mußte als bedrohliches Warnsignal wirken, sofort gab er der Politik der unerlösten Nationen gewaltigen Auftrieb — im Inland wie jenseits der Staatsgrenzen. Dort hatte eine nach Hunderttausenden zählende Emigration bereits vorgearbeitet — man denke an die Tschechen, Slowaken, Kroaten, Slowenen und die österreichischen Serben, deren großes Ziel der demokratisch organisierte Nationalstaat oder die Jugoslawia war. Die außenpolitische Konflagration wirkte aber auch im Innern des zisleithanischen Staates wie Zündstoff: Die Parlamentskrise vom März 1914 erwies sich als unheilvoll, die subversive Politik der Nationen entzog sich mehr und mehr der Kontrolle des Staates. Dringende staatliche Reformen wurden seit Jahren durch die Obstruktion der unerlösten Nationen verhindert: Fast keine Epoche der europäischen Geschichte zeigte ein so verwirrendes Bild wie die letzten Jahrzehnte der Franz-Joseph-Zeit, in der es bedeutenden Politikern gelang, ein geniales Doppelspiel bis zum Kriegsausbruch durchzuhalten. Der Reichsratsabgeordnete Prof. Masaryk, geistiger Repräsentant seiner Nation und spiritus rector der tschechischen Realistenpartei, hatte wohl schon lange gegen Österreich-Ungarn Stellung bezogen, da er die Existenz des Kaiserstaates als Anachronismus empfand. Wie hätte er sonst bereits 1898 an Kramář schreiben können: „Sie sind gründlich nach rechts gekommen! Ich habe eine einzige psychologische Erklärung (lange habe ich darüber nachgedacht): daß Sie Vertrauen, ja geradezu Liebe zur Dynastie gewonnen haben. . . Ich teile dieses Vertrauen nicht und deshalb schein ich Ihnen ‚ordentlich links‘ zu stehen.“ Und 1899 wieder an Kramář: „Hauptsache Sie haben Angst um Österreich. Ich nicht. Wir waren und werden vor und nach Österreich sein. Aber wenn es bis Palacký nur eine Phrase war — ich will, daß es eine Tatsache werde“.⁹

Als einziger Staat hatte die Monarchie seit Kriegsbeginn die parlamentarischen und verfassungsmäßigen Grundrechte suspendiert und sogar das Parlament geschlossen. Der Kriegsabsolutismus lähmte alle innenpolitischen Reformbestrebungen, sofern sie offiziellen Charakter erhalten sollten. Graf Stürgkhs Kriegsregime stieß schließlich auf heftige Kritik. Fortschrittlich denkende Persönlichkeiten, die genaue Kenntnis der demokratischen Welt besaßen, bemühten sich darum, den Kriegsabsolutismus zu beseitigen, um eine Reformära einzuleiten, in der „Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat“, wie Karl Renner es charakterisierte, zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden konnte. Es ging vor allem um eine modernere Lösung der böhmischen Frage, über die seit Jahren kontroverse Auffassungen vorgetragen wurden. Sie sollte die Basis für einen Ausgleich zwischen Deutschen und Tschechen sein. Das in starkem Maß antiparlamentarische Regiment bot während der ersten beiden Kriegsjahre keinerlei An-

⁹ Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien. PA rot 768. Zitate aus den aufgefundenen Korrespondenzen Masaryks. (In: Anklageschrift des k. k. Militär-anwalts in Wien im sog. Olič-Prozeß 1916.)

knüpfungsmöglichkeiten für eine Befriedungsaktion, überdies hofften nun ja beide Parteien, Deutsche wie Tschechen — unter dem Einfluß der Kriegs- und Auslandspropaganda —, auf eine klare, kompromißlose Entscheidung durch den Ausgang des Ringens.

Es wäre an dieser Stelle wohl angebracht, auf die Problematik einer Strukturanalyse Zisleithaniens am Vorabend des Ersten Weltkrieges hinzuweisen und die klassenmäßige Schichtung kurz anzudeuten. Nach den umstürzenden Ereignissen der Wahlreform hatte der alte habsburgische Hochadel, die berühmten „60 Familien“, fast den letzten politischen Einfluß verloren, sofern man an die staatlichen und vor allem sozialen Funktionen dieses Adels denkt¹⁰. Diese Schicht bekannte sich nicht mehr zu ihrer traditionellen sozialen Funktion. Aber immer noch ergänzte sich die oberste Kategorie des Beamtenstaates aus einem monarchischen Element, dem Beamten- und Militäradel. Die Großbourgeoisie, zum überwiegenden Teil deutsch, war noch in einer führenden Position, die — für die spätkapitalistische Epoche charakteristisch — die Tendenzen zur Entwicklung von innerstaatlichen nationalen Wirtschaftssystemen förderte. Ihre ideologische Isoliertheit war jedoch ausgeprägt. Die Ursache für die Gegensätze der Nationen im österreichischen (böhmischen) Raum lag in ihrer divergierenden wirtschaftlichen Entwicklung: Dies ist in auffallender Form nachweisbar an dem scharfen Gegensatz zwischen deutschem und tschechischem Bürgertum und an der faktischen Unmöglichkeit, diesen Gegensatz zu überbrücken¹¹. Der bürgerliche (kleinbürgerliche) Mittelstand, in erheblichem Maße in die Beamtenhierarchie Österreichs einbezogen, eines Staates, dem man die beste Bürokratie Europas zuschrieb, war nationalen Interessen sehr zugänglich und zeigte, verglichen mit der gemäßigten Einstellung der Großbourgeoisie, einen stark nationalen, oftmals staatsfeindlichen Affekt. Die supranationalen Bestrebungen großösterreichisch eingestellter Kreise konnten daher nur über Adel und Kirche im Kleinbürgertum, namentlich in der christlichsozialen Bewegung, Eingang finden. Besonders heterogen entwickelte sich die politische Ideologie des Arbeiterstandes, die im Bannkreis des Marxismus eine supranationale Integration anstrebte. Auch hier trat das Nationale als Ferment der Desintegration in Erscheinung. Es wirkte aus dem Bereich der bürgerlichen Ideologie herüber.

Robert Kann hat hervorgehoben, daß die Hauptursache der Desintegration in erster Linie in der unterschiedlichen ethnischen Entwicklung („ethnische Ungleichheit“) zu suchen sei¹². Diese Behauptung sollte jedoch den Einfluß der verschiedenartigen ökonomischen Zustände nicht ausschließen. Es war eine wichtige Frage, ob es möglich gewesen wäre, die ethnischen Unterschiede durch soziale Maßnahmen, wie sie modern denkende Politiker planten,

¹⁰ Preradovich, Nikolaus von: Die Führungsschichten in Österreich und Preußen (1804—1918). Wiesbaden 1955, 240 S., hier S. 72.

¹¹ Prinz, Friedrich: Probleme der böhmischen Geschichte. BohJb 6 (1965) 332—358.

¹² Kann, Robert A.: Werden und Zerfall des Habsburgerreiches. Graz-Wien-Köln 1962, 283 S., hier S. 81.

gänzlich auszugleichen. Manche der sozialpolitischen Institutionen wirkten sich, wie man aus der Diskussion um ihre Einrichtung entnehmen kann, in gewissem Maße ausgleichend, aber auch zentralisierend und damit integrierend aus.

Ein Reformversuch, der „gleichsam schwebend“ zwischen den Kategorien Staatsreform und Kriegspolitik unternommen wurde und der die Signatur eines der bedeutendsten Staatsmänner Österreichs im Kabinett Clam-Martinic, des Dr. Baernreither, trug, soll in seiner Konzeption und in seinem Scheitern kurz dargestellt werden. Minister a. D. Baernreither, dessen oppositionelle Einstellung gegenüber dem Regime Stürgkh schon vor 1914 offenkundig war, gewann auch während der Kriegszeit keine bessere Meinung von den Fähigkeiten des Ministerpräsidenten, als es seine Tagebücher *vor* dem Krieg dartun. Er war überzeugt, daß eine Lösung der böhmischen Frage unter Stürgkh im Krieg genauso unmöglich sei wie in den letzten Friedensjahren. Die Ausgleichsversuche Stürgkhs erschienen ihm ohnedies kraftlos gewesen zu sein, sie dienten oft nur zur Verschleierung des scheinkonstitutionellen Systems. Baernreithers politisches Ansehen sowie seine Beteiligung an den Friedensaktionen in Böhmen hatten ihm auch eine Gewißheit gegeben: Er war überzeugt, daß es sehr schwer sein würde, die Tschechen zu irgendwelchen Konzessionen zu bewegen. In seinem Tagebuch hat er diese Auffassung festgehalten, wie sie ihm von tschechischer Seite übermittelt worden war. Es bestand daher kaum eine Möglichkeit, „einen gesunden Kompromiß“ zwischen Deutschen und Tschechen abzuschließen, also eine Vereinbarung, die Baernreither schon 1904 gefordert hatte, um die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen Gesamtböhmens neben oder vor den nationalen Ansprüchen besser berücksichtigen zu können. Sein hoher Rang als fortschrittlicher Staatsmann der Donaumonarchie, seine Welterfahrenheit und seine Reputation als Sozialpolitiker verliehen ihm die Autorität, die für die Lösung einer so schweren Frage notwendig war.

Als Ministerpräsident Graf Stürgkh von Friedrich Adler, dem Sohn des Führers der österreichischen Sozialdemokraten, ermordet worden war, folgte nach einer kurzen Zwischenregierung Koerbers der böhmische Graf Heinrich Clam-Martinic, ein alter Bekannter Baernreithers aus der Zeit der Ausgleichsverhandlungen 1910—1912. Clam erhielt seine Berufung Ende Dezember 1916. Nun änderte sich das Bild. Der junge Kaiser Karl hatte noch zur Amtszeit Koerbers die Einberufung des Reichsrates in Aussicht gestellt und die Pläne der Deutschnationalen durchkreuzt, deren Absicht es war, die Neuordnungen Österreichs zu oktroyieren.

Der Gedanke an einen Oktroi hatte 1914—1916 auch Baernreither und die Abgeordneten der Deutschböhmischen Vereinigung intensiv beschäftigt; es schien ja, wenn man die Leistungen der Deutschösterreicher während der ersten Kriegsjahre in Betracht zog, nicht verfehlt, nunmehr von der Regierung eine Anerkennung der nationalen Wünsche, etwa in Form einer Sprachenregelung sowie einer Garantie nationaler Selbstverwaltung zu verlangen, wie sie schließlich jeder Volksgruppe zustehen sollte. Baernreither hatte

bereits im ersten Kriegsjahr seine Entwürfe aus der Zeit von 1910—1912 vorgenommen und ihnen ergänzende Elaborate für ein endgültiges Sprachengesetz hinzugefügt. Die „Denkschrift über die Sprachenfrage in Österreich“ aus dem Jahre 1915 stellte eine gründliche und wohlabgewogene Erörterung der Staats- und Volksinteressen sowie der im Moment einzuschlagenden Taktik dar, durch die Baernreither versuchte, die Idee eines integrierenden Groß-Österreich mit den aufstrebenden Mächten des Nationalismus in Einklang zu bringen. Aus langjährigen Beobachtungen gewann Baernreither die Einsicht, es werde ratsam sein, die Sprachenfrage ländersweise, und zwar in voller Übereinstimmung mit der geltenden Verfassung zu regeln. Daß er alle Maßnahmen auf den Artikel XIX des Staatsgrundgesetzes abstimmte, war für Baernreithers Denken charakteristisch: er erteilte damit als deutschbewußter Österreicher eine Absage an alle überspannten Forderungen, die gewisse Gruppen deutschnationaler Abgeordneter während des Weltkrieges vorbrachten. Die Abgeordneten des Deutschen Nationalverbandes traten in ihrer Mehrzahl für eine konsequente Oktroyierung der Sprachengesetze ein und verlangten eine Regelung, die den deutschen Wünschen in besonderem Maße entsprochen hätte. Baernreither erwies sich in seiner Denkschrift als vorsichtiger Mann. Da ihm die Schwierigkeiten eines Oktrois, das im Namen des Herrschers verkündet werden sollte, klar waren, plante er eine Aktion, bei der der Monarch nicht hätte hervortreten müssen, damit die Krone keinen allzugroßen Belastungen ausgesetzt sei. Daher schien ihm ein Vorgehen, bei dem die Sprachengesetze, auch das Gesetz für Böhmen, in Form einer §-14-Notverordnung verkündet würden, als die einzige Möglichkeit, die „Staatsnotwendigkeiten“ in einer für die Verwaltung des Gesamtbereichs erträglichen Form zu lösen. Die verfassungsmäßigen Rechte der Volksstämme sollten nicht verletzt werden. Auf die böhmische Frage bezogen, mußte dies bedeuten, daß die grundsätzliche Gleichberechtigung der landesüblichen Sprachen garantiert werde. Aus der Einführung einer staatlichen Vermittlungssprache, so erläuterte Baernreither, dürfte der tschechischen Sprache kein Nachteil erwachsen; es dürfte auch nicht verhindert werden, daß die Bevölkerung die zweite Landessprache erlerne; Baernreither hielt vielmehr die obligatorische Einführung der anderen Landessprache in allen Mittelschulen, Gewerbeschulen und Lehrerbildungsanstalten für notwendig. Das Erlernen der tschechischen Sprache erschien ihm im Interesse der Deutschen als dringend geboten.

Anfangs hielt Baernreither die Regierung Clam-Martinic für stark genug, den Oktroi zur Lösung der Sprachenfrage in Böhmen durchzusetzen. Es sollte aber nicht der sog. „Kriegsabsolutismus“ triumphieren; über die Erledigung der „nationalpolitischen Vorlagen“ hinaus, zu denen auch die böhmischen Sprachangelegenheiten zählten, gedachte man den Übergang zu einem neugeordneten parlamentarischen Regime zu schaffen, für das eben die Lösung der nationalen Frage unbedingte Voraussetzung war. Baernreither war ein energischer Fürsprecher für einen Oktroi; um die Jahreswende 1916/17 sah er wirklich mit berechtigter Hoffnung in die Zukunft und glaubte an

einen „deutschen“ Kurs der neuen Regierung. Graf Czernin, der neue Außenminister, unterstützte Baernreither, bei dem nun alle Fäden der deutschösterreichischen und deutschböhmischen Politik zusammenliefen, da der 2. deutsche Vertrauensmann in der Regierung, Handelsminister Dr. Urban, mit den Fragen seines Ressorts allzusehr beschäftigt war. Dr. Titta, Obmann des Deutschen Volksrates für Böhmen, faßte Baernreithers Aufgabe im Kabinett Clam sogar als die eines deutschen Landsmannministers auf, er verkannte dabei jedoch, daß sich Baernreither vor allem sozialpolitische Pläne für seine Regierungsarbeit zurechtgelegt hatte¹³.

Die ministeriellen Vorbereitungen für die böhmischen Vorlagen gediehen unter dem neuen Innenminister Baron Handel nicht über ein Mittelmaß bürokratischer Kenntnisse hinaus, es waren überdies an den verstärkt einsetzenden Vorarbeiten Persönlichkeiten beteiligt, die keine klaren Vorstellungen von den böhmischen Verhältnissen hatten. Ohne genaue Kenntnis der Nationalitätenfrage dieses Kronlandes waren jedoch die bürokratischen Entwürfe fast wertlos, es darf daher nicht überraschen, wenn Baernreither am 2. Februar 1917 die Beiziehung von 2 Experten, des Sektionschefs Dr. Schauer und des Prager Statthaltereirates Dr. Janka, empfahl. Dr. Janka wurde beauftragt, neue Entwürfe vorzulegen. Baernreither erkannte eine der Ursachen für das Scheitern der innenpolitischen Reformpläne: Sie lag in bürokratischer und personaler Unzulänglichkeit.

Es waren viele politische Probleme, denen er in den entscheidenden Monaten der Regierung Clam volle Aufmerksamkeit widmen mußte. Trotz allem forderte Baernreither immer wieder dringend die Regelung der böhmischen Frage. Wirtschaftliche, soziale und karitative Aufgaben zählten ohnedies zu seinem Wirkungskreis, und er suchte sie stets in engem Zusammenhang mit der Lösung nationalpolitischer Fragen zu behandeln. Es muß aber bedenklich stimmen, wenn Baernreither, der als ein erfahrener Ratgeber der Regierungen in allen Kalamitäten galt, nun seine Kräfte zersplitterte. Zum Regierungsprogramm Clam hatte er ohnedies bereits wesentliche Anregungen vorgetragen und den Ministerpräsidenten dringend gebeten, seine Reformgedanken in aller Öffentlichkeit zu erörtern.

Schon bald begannen die Komplikationen immer bedrohlicher zu werden. Die Vorlagen, deren Ausarbeitung der Innenminister Baron Handel veranlaßt hatte, waren nach Baernreithers Urteil „radikal“, aber — wie bereits erwähnt — nicht von sachkundigen Persönlichkeiten konzipiert worden, da weder Baron Handel noch Hofrat Dr. Wenedikter (ein Gottscheer) Böhmen aus eigener Anschauung genauer kannten.

Eingehende landeskundliche und behördentechnische Kenntnisse schienen für eine Aufgabe unerläßlich, wie sie die „Oktroivorlage“ darstellte. Vor allem das Staatssprachengesetz und die Sprachengesetze für Böhmen waren

¹³ Schreiben Dr. Josef Wenzel Tittas, Obmann des Deutschen Volksrates für Böhmen, an Baernreither. Trebnitz in Böhmen, 22. 12. 1916. Allgem. Verwaltungsarchiv Wien. Akten aus dem Amt des k. k. Ministers Dr. Baernreither 1916/17.

nach dem Urteil Baernreithers ungeeignet und mußten umgearbeitet werden. Die Deutsche Fortschrittspartei in Böhmen, deren liberale Einstellung bekannt war, trat mit Denkschriften und Anträgen zur Minderheitsfrage und Selbstverwaltung an Baernreither heran. Der Universitätsprofessor Dr. Bruno Kafka (an der Deutschen Karl-Ferdinands-Universität Prag) bemühte sich in jenen für die Innenpolitik Österreichs entscheidenden Monaten um die Rechte der deutschen Minderheit Prags. Er bezeichnete seine Vorschläge in einem Schreiben an Baernreither vom 10. April 1917 als „eine vollkommen gerechte Forderung“ und verlangte „eine entsprechende Berücksichtigung der Prager deutschen Minderheit im Gemeinde-, Kreis- und Landtage“¹⁴. Die Postulate der Prager Deutschen waren schon vor Jahren vergebens vorgebracht worden. Kafka konnte darauf hinweisen, daß sie mit dem Statthalter, Graf Max Coudenhove, und mit Dr. Janka abgesprochen waren, ebenso mit dem Prager Universitätsprofessor Dr. Ludwig Spiegel, der Baernreither den „Entwurf einer Denkschrift der Deutschen Prags“ vorlegte. Spiegel forderte in dieser Denkschrift die Übernahme des nationalen Katasters, wie er im Mährischen Ausgleich (1905) angewendet worden war, auf die lokalen Verhältnisse in Prag.

Die Umarbeitung der „Stürgkhschen Entwürfe“ durch Handel erwähnte auch Josef Redlich in seinem „Politischen Tagebuch“ und vergaß nicht zu bemerken, daß Baernreither und Urban durch fortwährende Änderungen die günstige Zeit für den Oktroi (Januar-März 1917) versäumten. Die Pläne wurden zu oft korrigiert, sie sollten der politischen und militärischen Situation entsprechend abgeändert und für die Tschechen „erträglich“ gemacht werden. Es gelang aber nicht, Clam, der überdies im Februar 1917 erkrankte, zu konsequentem Vorgehen zu bewegen. Gewiß mußte man auch annehmen, daß der Ministerpräsident von einflußreichen tschechischen Politikern gewarnt worden war.

Tatsächlich verschlechterten sich die Aussichten auf eine Oktroyierung im März 1917 so stark, daß die militärische und politische Lage eine Entscheidung gegen die Slawen Österreichs nicht mehr zuließ. Die Politik des Nationalverbandes, der auch Graf Czernin zunächst zugestimmt hatte, wurde ganz über den Haufen geworfen. Nun forderte Czernin mit Rücksicht auf den Sozialistenkongreß in Stockholm die Einberufung des Reichsrates und nahm dem Ministerium Clam die Möglichkeit, den Oktroi auf Grund einer Notverordnung durchzuführen. Baernreither notierte unter dem 27. April 1917 in sein Tagebuch: „Wir Deutschen in Österreich haben eine Schlacht verloren. Ob das Mißlingen der Ordnung in Sachen der Staatsprache und der böhmischen Sachen später gut zu machen ist — steht dahin“¹⁵.

Unter dem Ministerium Seidler ergab sich noch einmal die Möglich-

¹⁴ Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien. Nachlaß Baernreither Karton 36. Brief Prof. Kafkas an Baernreither. Prag, 10. 4. 1917.

¹⁵ Nachlaß Baernreither. Tagebuch, Eintragung vom 27. 4. 1917.

keit, Einfluß auf die Entschlüsse der Regierung zu gewinnen, deren Innenminister, Graf Toggenburg, den deutschböhmisches Wünschen und Forderungen nicht abgeneigt zu sein schien. Baernreither wunderte sich, daß die Deutschen im Februar 1918 erneut mit der immer wieder aufgeschobenen Forderung nach Errichtung eines deutschen Kreisgerichts in Trautenau hervortraten, und hielt diese Ämterpolitik für grundfalsch. Er gab zu, daß die Deutschen in Österreich „durch Enttäuschungen zermürbt“ seien, schien aber auch selbst 1918 an der Möglichkeit einer staatsrechtlichen Lösung der böhmischen Frage zu zweifeln.

Im Laufe des letzten Kriegsjahres kam es, abgesehen von vorbereiteten Konferenzen und Erklärungen zu keinem energischen Vorgehen mehr, das die Befriedung Böhmens in die Wege geleitet hätte. Die Auffassungen der sudetendeutschen Politiker unterschieden sich überdies in wesentlichen Fragen von dem politischen Programm der erbländischen Deutschen (Alpen-Deutschen), deren Meinung Baernreither für richtig hielt. Die Sudetendeutschen beharrten auf der nationalen Abgrenzung, Baernreither jedoch lehnte die „Krämerpolitik kleinster Sorte“, wie sie etwa in der Bezirksabgrenzung getrieben wurde, kategorisch ab. Es scheint daher, daß er sich eher mit dem Gedanken abfand, auf die Abgrenzung, die er für nutzlos, ja sogar für schädlich hielt, zu verzichten und die Einheit des Kronlandes Böhmen zu bewahren. Das Eingehen Baernreithers auf ein Programm, das die von den Tschechen gefürchtete Landeszerreißen ausschloß, war nicht nur ein taktischer Rückzug, zu dem die verzweifelte Kriegslage überdies Anlaß genug gegeben hätte, denn wir wissen, daß Baernreither nie ein großer Freund der Abgrenzung war. Er erkannte auch die tiefgreifende revolutionäre Bewegung in Böhmen und Mähren und war zu klug, um sich über den Wert kleinlicher Verwaltungsmaßnahmen, wie etwa der Bezirksabgrenzung, Illusionen hinzugeben. Große Pläne der Regierung Seidler wurden ohnedies durch den Einspruch tschechischer Persönlichkeiten verhindert, so daß an eine politische oder verwaltungsmäßige Sicherstellung der Autonomie Deutschböhmens nicht zu denken war. Baernreithers abfälliges Urteil über die Abgeordneten des Nationalverbandes, die Parteiprogramme und Wählerinteressen in den Vordergrund rückten, während die Slawen um neuartige nationale und staatsrechtliche Konzeptionen kämpften, charakterisierte die Aussichtslosigkeit der Situation. Als Kenner der sozialen Entwicklung Österreichs mußte sich Baernreither sagen, daß alle Projekte zur Lösung des „böhmischen Rätsels“ an der Macht der neuen Tatsachen scheitern würden, die das Kriegsende unwiderruflich schaffe. So ist es im Sinne eines Realpolitikers, wie es Baernreither immer war, verständlich, wenn als letzte Eintragung in seinem Tagebuch unter dem 7. November 1918 (anläßlich einer Besprechung bei Ernst von Plener) vermerkt ist: „Ebenso war man der Meinung, daß Deutschböhmen sich mit dem czechischen Staat abfinden soll, je eher, desto besser“¹⁶.

¹⁶ Ebenda 7. 11. 1918.

War es also nicht schon längst zu spät für eine Staatsreform Zisleithaniens? Es war wohl keine große parteiideologische Übertreibung, wenn Ludo Moritz Hartmann am 31. Mai 1914 in der „Frankfurter Zeitung“ schrieb: „Wenn das Sprichwort die Wahrheit sagt: ‚Wen Gott verderben will, den schlägt er mit Blindheit‘, so muß Gott dem katholischen Österreich allerdings gewaltig zürnen, denn was dieses Staates Organe, seine Staatsmänner, in der letzten Zeit verbochen haben, ist augenfällig: keine Klarheit der Ziele, keine überlegte Wahl der Mittel, vollständige Gleichgültigkeit, wenn nicht Unkenntnis der Lebensbedingungen des Staates und der verfassungsmäßigen Gesetzlichkeit gegenüber; Überspannung der Finanzen und Hemmung aller produktiven Kräfte, Zersetzung der Verwaltung und Hinneigung zu den reaktionären Gewalten — das Sündenregister kann niemals vollständig sein. Aber bei aller gerechten Verurteilung der Stürgkh und Berchtold — sie sind nur ein Gattungsbegriff — muß man ihnen doch mildernde Umstände zuerkennen. Die Organe eines kranken Staates können selbst nicht gesund sein. Und dieser Staat selbst ist aber vermöge seiner Geschichte, seiner Zusammensetzung nichts als ein soziologisches Rudiment aus früheren Zeiten, dem seine Funktion abhanden gekommen ist“¹⁷.

Gesellschaft und Staat der Monarchie, deren Struktur in eine Krise geraten war, sind durch den Gegensatz der bürgerlich-nationalen und der sozialistischen Ideologie gekennzeichnet. Der Krieg, in dem die Krise des Staates offenkundig wurde, kündigte auch den beschleunigten Verfall der österreichischen Führungsschichten an. Die aristokratische Elite der Monarchie, aus dem anational eingestellten althabsburgischen Adel des 17. Jahrhunderts hervorgegangen, verlor schon vor 1914 ihre führenden Positionen, die sie nur noch teilweise im Bereich der Diplomatie halten konnte. Das intellektuell hochstehende Bürgertum, dessen bedeutende Persönlichkeiten, man denke an Baernreither, Josef Redlich u. a. m., den Aufstieg einer neuen Elite einleiteten, wandte sich, wie die sozialdemokratische Führungsschicht, bereits vom monarchischen (scheinkonstitutionellen) Gesellschafts- und Staatssystem ab.

Es gelang nicht, die bereits zitierte ethnische Verschiedenheit durch sukzessive soziale Ausgleichsmaßnahmen zu kompensieren. Dagegen wirkten die nationalen Außenzentren jenseits der Grenzen auf das ethnische Gefüge der Monarchie und förderten den Desintegrationsprozeß auch im sozialen Bereich. Hierzu kam eine gewissermaßen „vertikale“ Strukturkrise, die aus dem fehlenden Kontakt zwischen den Führungsschichten und dem Mittelstand (Kleinbürgertum) zu erklären ist. Sie wurde durch den Gegensatz von Zentralismus und Föderalismus, der wieder mit gesellschaftspolitischen Fragen zusammenhing, auf allen Ebenen kompliziert. Nationale Integrationsversuche überschritten sich schließlich mit der supranationalen Integration der Arbeiterklasse auf der Grundlage der marxistischen Theorie. Die bisherige, sehr heterogene Gesellschaft der Monarchie, in der die Nationen

¹⁷ „Frankfurter Zeitung“ vom 31. 5. 1914. Artikel Ludo Moritz Hartmanns: „Soziologische Betrachtung über Österreich“.

gleichsam auf zwei Ebenen kämpften, der fortschreitenden Auflösung Zisleithaniens und der beginnenden Bildung der Nationalstaaten, geriet in das Spannungsfeld einer sich entwickelnden modernen Klassengesellschaft. Die numerisch starke Schicht des sog. Mittelstandes, die den bürokratischen Staatskörper Zisleithaniens repräsentierte, hat schließlich unter dem Einfluß der nationalen Ideologie den Zerfall Zisleithaniens gefördert. So erklärt sich der Zusammenbruch der Monarchie auch aus dem Zerfall ihrer Struktur, die den modernen gesellschaftlichen Verhältnissen nicht mehr gewachsen war.